Debatten zur Transformation

8/2017

movum

Mit großem Grafikposter: **Nachhaltigkeit 3.0**

Die neue Umweltpolitik

THEORIE

GERECHTIGKEIT UND KLIMAZIELE: SCHAFFT DAS DIE NEUE BUNDESREGIERUNG?
Von Reiner Hoffmann

WARUM KONSERVATIV SEIN HEUTE LINKS SEIN HEISST
Von Albrecht von Lucke

PRAXIS

EINE ROBIN-HOOD-STEUER FÜR DEN KLIMASCHUTZ
Von Susanne Götze

KLIMAKOMMUNIKATION: GRÜSS GOTT, UND BLEIBEN SIE GESUND!
Von Susanne Schwarz

Foto: Gerd Altmann | Pixabay.com

AUFBRUCH IN DIE GROSSE TRANSFORMATION

Von Martin Held und Jörg Schindler, Gesprächskreis Die Transformateure

Erfolgreiche Umweltpolitik ist Machtpolitik. Die Transformation der autozentrierten Verkehrspolitik in Richtung einer an Menschen orientierten Mobilitätspolitik steht dafür als ein Beispiel.

In Berlin entwickelte sich über die Jahre eine neue Kultur, die ausgehend von den Kiezen das Fahrradfahren und die Wiederaneignung des öffentlichen Raums verbreitete. Aber erst die Initiative zu einem „Volksentscheid Fahrrad“ entfaltete genügend öffentlichen Druck, der eine Umorientierung der Verkehrspolitik des Senats einleitete. Als Stadtstaat hat Berlin entsprechende Gestaltungsmacht.

In Paris hat die Kommune ebenfalls genügend Macht, um einen Stadtumbau in Richtung einer am Menschen orientierten Mobilitätspolitik auf den Weg zu bringen und klare Zeitvorgaben zum Auslaufen der Verbrennungsmotoren im Straßenverkehr zu beschließen. Die Stadt Kopenhagen ruht sich nicht auf dem im Vergleich zu anderen Kommunen sehr hohen Anteil des Rad- und öffentlichen Verkehrs aus. Vielmehr geht sie diesen Weg konsequent weiter. Der Times Square in New York wurde – weltweit wahrgenommen – in einem Teil in eine Fußgängerzone umgewandelt. Eine Kampagne wie „Take Back Our Streets“ ist in Städten wie Barcelona erfolgreich und wird in der kommunalen Politik in einzelnen Stadtvierteln in die Tat umgesetzt.

ERMÄCHTIGEN UND BETEILIGEN ...

Diese Kommunen haben in ihren Ländern die Entscheidungskompetenz für solche Entwicklungen. Daraus leitet sich für Deutschland die Forderung ab: Die Kommunen müssen wesentlich weiter reichende Entscheidungskompetenzen bekommen, als die bisherige Rechtslage dies zulässt. Diese Ermächtigung muss einen Finanzrahmen ebenso umfassen wie zusätzliche Kompetenzen zur Regelung der Höchstgeschwindigkeit auf innerstädtischen Straßen und bei der Parkraumbewirtschaftung.

Eine transformative Umweltpolitik arbeitet daran mit, die getrennt agierenden, quasi siloartig organisierten Politikbereiche zu überwinden. Die Verkehrswende ist dafür ein Hebel: Auch die Gesundheitspolitik profitiert enorm von einem Übergang, bei dem die aktive Mobilität – Zufußgehen, Radfahren – die erste Säule der Mobilitätspolitik wird. In der Finanzpolitik werden nicht länger besonders teure Infrastrukturprojekte bevorzugt, stattdessen werden die Kostenvorteile von raumeffizienten Stadt- und Siedlungsstrukturen genutzt. Akteure der Verkehrspolitik kämpfen nicht länger reflexartig gegen Maßnahmen, die die natürlichen Lebensgrundlagen schützen, sondern sehen sich als Mobilitätspolitiker.

Ein zweites Beispiel ist die Energiewende. Ihr Erfolg lässt sich auch daran ablesen, dass die erneuerbaren Energien viel schneller höhere Anteile am Strommarkt erreichten, als von den zuvor dominanten Akteuren für möglich gehalten wurde.

Umso stärker wurden die Widerstände und umso vehementer versuchten politisch Beteiligte, die Energiewende auszubremsen. Zu einem sehr hohen Preis: Die proklamierten Klimaschutzziele werden deshalb in Deutschland verfehlt. Es wird verhindert, was für eine erfolgreiche Transformation Voraussetzung ist: Klare Zeitvorgaben, an denen sich die Handelnden orientieren können und die die tiefgehenden Unsicherheiten und die davon ausgehenden Lähmungen überwinden helfen.

Die Energiewende und die Mobilitätswende als Bausteine der sozial-ökologischen Transformation zur Nachhaltigkeit demonstrieren die Herausforderung: Es braucht zum einen eine aktive Unterstützung der Einleitung der in die Zukunft weisenden Transformation. Und es braucht zum anderen gleichzeitig eine aktive Strategie des Auslaufens der nicht nachhaltigen Strukturen.

... STATT INSTRUMENTALISIEREN UND ABSPEISEN

Am Beispiel des überfälligen Ausstiegs aus der Braunkohle wird deutlich: Erst mit einer konsequenten Strategie mit klaren Zeitvorgaben, Budgets und einer öffentlichen Debatte eröffnet sich vor allem für die betroffenen Regionen eine positive Perspektive. Die Menschen dort sind dann nicht einfach Verlierer des Wandels mit lediglich touristischem Potenzial als Trostpflaster, die von Gegnern des Wandels dazu instrumentalisiert werden, eine konsequente Energiewende abzubremsen und zu torpedieren. Vielmehr braucht es einen aktiven Strukturwandel, der positive, zukunftsgerichtete Perspektiven eröffnet.

Für eine transformative Umweltpolitik zur Nachhaltigkeit bedeutet das: Es geht darum, Hebel zu finden. Es müssen Akteure gefördert und ermächtigt werden, Neues auszuprobieren und die sozial-ökologische Transformation voranzubringen. Dazu ist eine gesellschaftliche Debatte Voraussetzung, die das Austragen der Interessenkonflikte nicht scheut, sondern als Teil einer lebendigen Demokratie begreift. Es ist höchste Zeit für diese Auseinandersetzungen.

Bei der Umweltpolitik geht es im Kern um das eigene Wohlbefinden – und weiter gefasst um ein menschenwürdiges Leben aller Menschen weltweit. Das gelingt nur über eine Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen als der nicht verhandelbaren Voraussetzung für eine dauerhaft funktionsfähige Wirtschaft und Gesellschaft. Das ist die Quintessenz der Transformation von der Nichtnachhaltigkeit zu einer nachhaltigen Entwicklung.

DREI FRAGEN ZUR UMWELTPOLITIK

Die ökologische Modernisierung hat im Bundestagswahlkampf keine Rolle gespielt, obwohl die globalen Umweltschäden zunehmen. Wie erklären Sie diesen Widerspruch?

In den letzten 50 Jahren war Umweltpolitik in erster Linie Aufklärung, Schadensreparatur und Kampf um Anerkennung. Was muss die Umweltpolitik heute sein?

Wie kann Ökologie zum Zentrum einer Gesellschaftspolitik werden, die die Endlichkeit und Störanfälligkeit der natürlichen Lebensgrundlagen beachtet?

Kai Niebert
Präsident des Deutschen Naturschutzrings, Professor für Nachhaltigkeit an der Universität Zürich

Die Spitzen von CDU/CSU, FDP und SPD betreiben Politik wie das Kaninchen vor der Schlange. Sie wissen, dass die Pariser Klimaziele dieses Land grundlegend umbauen werden. Jedoch fürchten sie sich im scheinbaren Würgegriff der Wähler – und erstarren. Der Weg in ein CO_2-neutrales Deutschland erfordert Politik mit Weitblick und kein Durchwursteln. Dafür scheint im Moment vielen das Format zu fehlen.

Heute muss Umweltpolitik Gestaltungspolitik sein. Spätestens nachdem die Bundesregierung das Pariser Klimaabkommen und die UN-Nachhaltigkeitsziele unterzeichnet hat, geht es nicht mehr um Anerkennung, sondern um ein zügiges Abarbeiten der gesetzten Ziele. Doch von allein passiert es nicht, wie wir gerade eindrücklich sehen. Die Umweltbewegung muss hier mit Gewerkschaften, Kirchen, Sportverbänden und anderen den notwendigen Druck aufbauen, damit das auch passiert.

Umweltpolitik ist bereits heute Gesellschaftspolitik: Der Feinstaubbetrug von VW und Co. ist kein Umwelt-, sondern ein Gesundheitsskandal, das Versagen der Landwirtschaftspolitik macht Mensch und Umwelt krank, indem sie ungesunde Produkte künstlich günstig hält, und der Klimawandel tötet schon heute mehr Menschen als der Terrorismus des IS. Wir müssen die Dinge einfach mal benennen, wie sie sind. Dann müssen wir den Herausforderungen dort begegnen, wo sie verursacht werden: 57 Milliarden Euro umweltschädliche Subventionen lassen sich nicht umweltpolitisch, sondern nur finanzpolitisch umbauen.

Hannes Lindenberg
Umweltaktivist beim Anti-Kohle-Bündnis „Ende Gelände“

Eine ökologische Modernisierung muss sozial und wirtschaftlich visionär sein. Unser derzeitiges System, das Menschen und Umwelt ausbeutet, muss für ein solches Projekt bis in den letzten Winkel hinterfragt und von Grund auf neu gestaltet werden. Dies zu thematisieren oder gar auszugestalten war keine größere Partei in einem angstgeleiteten, visionslosen Wahlkampf in der Lage.

Im Anthropozän beeinflusst die Menschheit die Umwelt entscheidend. Diese reagiert entsprechend. Das Leben vieler wird dadurch unmittelbar betroffen. Daraus folgt: Umweltpolitik ist Sozialpolitik! Folgen der Klimaerwärmung, Entwaldung, genmanipulierte Monokulturen – überall geht es nicht nur um den Schutz der Umwelt, sondern um eine gerechte Verteilung natürlicher Ressourcen.

In einer Gesellschaftsordnung, die auf Maximierung privater Profite und auf Individualisierung ausgelegt ist, wird das nicht passieren. Wir müssen uns von der Ideologie des Marktes als gesellschaftliches Ordnungsmodell lösen. Erst wenn wir ökonomischen Druck und Wirtschaftswachstum nicht mehr als Legitimation für sozial und ökologisch rücksichtsloses Verhalten gelten lassen, hat die Ökologie eine Chance.

Reiner Hoffmann
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Wir leben in einer Zeit multipler Krisen. Sicher Geglaubtes erodiert und die Verunsicherung bei vielen Menschen wächst. Die von den G7-Staaten angestrebte Dekarbonisierung treibt einen massiven Strukturwandel quer durch alle Wirtschaftsbereiche. Der damit verbundene Strukturwandel wird in der öffentlichen Diskussion aber oftmals als Bedrohung wahrgenommen. Das verstärkt die Verunsicherung noch. Für uns ist daher entscheidend, dass wir ihn als Chance begreifen und ihn aus der Perspektive der arbeitenden Menschen heraus sozial gestalten. Wir wollen einen sozial gerechten Strukturwandel. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass für die notwendigen Veränderungen immense Investitionen in nachhaltige Technologien und Infrastrukturen getätigt werden müssen. Darin liegen Chancen für nachhaltigen Wohlstand und Beschäftigung.

Machtvolle Umweltpolitik heute muss dafür sorgen, dass ökologische, ökonomische und soziale Aspekte im gleichen Maß Berücksichtigung finden. Die Gewerkschaften sind überzeugt, dass dieser Wandel nur dann Erfolg haben wird, wenn er niemanden zurücklässt und ein fairer Interessenausgleich gelingt.

Mit dem Klimaschutzabkommen von Paris und den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen gibt es einen guten Rahmen dafür, unseren jetzigen Lebensstil zu überdenken und nachhaltiger zu wirtschaften. Ob etwa die UN-Nachhaltigkeitsziele – basierend auf der Dreiteilung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem – ein zentrales Element unserer Gesellschaftspolitik werden, liegt auch daran, wie ambitioniert sie national und international realistisch umgesetzt werden. Dafür werden wir Gewerkschaften uns einsetzen.

Ugo Bardi:
Der Seneca-Effekt
Warum Systeme kollabieren und wie wir damit umgehen können
Oekom Verlag, München 2017
320 Seiten, 25 Euro
Mit unterschiedlichsten Beispielen führt Bardi in die Welt komplexer Systeme ein: Netzstrukturen, positive und negative Rückkopplungen, Attraktoren und Kipppunkte. Dabei schärft er das Bewusstsein dafür, dass in komplexen Systemen mit Zusammenbrüchen zu rechnen ist, vom persönlichen Alltag bis zu ganz großen Systemen. Ein Seneca-Zitat dient Bardi als Ausgangspunkt für die spezifische Form von Zusammenbrüchen, auf die es ihm ankommt: „Das Wachstum schreitet langsam voran, während der Weg zum Ruin schnell verläuft.“ Er belässt es nicht bei den zahlreichen Beispielen und einer verständlichen Darstellung der Grundlagen von Systemtheorie und Thermodynamik. Vielmehr geht er auf die Frage des Umgangs mit Wissen um mögliche Zusammenbrüche ein und ebenso auf den Umgang mit Zusammenbrüchen. Ein wichtiges Stichwort ist für ihn der von ihm selbst so benannte „Weg des Sämanns“. Wie bei Bardi gewohnt ist er besonders in Fragen des Umgangs mit Ressourcen stark.

Claudia Kemfert:
Das fossile Imperium schlägt zurück
Warum wir die Energiewende jetzt verteidigen müssen
Murmann Verlag, Hamburg 2017
144 Seiten, 14,90 Euro
Deutschland, der einstige Klimapionier, hat die Vorreiterrolle abgegeben. Vertreter des fossilen Kapitalismus schinden Zeit und kämpfen für eine Verlängerung des fossilen Endspiels. Kemfert analysiert, wie dazu in immer neuen Ablenkungsmanövern die rasche und konsequente Vollendung der Energiewende sabotiert und verzögert wird. Sie klärt auf und macht Zusammenhänge verständlich. Die erneuerbaren Energien kommen zwar deutlich schneller voran als prognostiziert. Doch je kräftiger sie werden, so Kemferts Pointe, „umso stärker wird die Gegenwehr“. Sie ordnet das in die internationalen Entwicklungen ein, etwa die konsequentere Energiewende in Dänemark. Zu lange an der alten Energiewelt festzuhalten, wird Deutschland teuer zu stehen kommen, warnt Kemfert. Nach vorn gerichtet zeigt sie, dass die Energiewende einschließlich der Verkehrswende ein Friedensprojekt ist und geopolitische Risiken im Kampf um Ressourcen abbauen kann.

Jörg Knieling (Hrsg.):
Wege zur großen Transformation
Herausforderungen für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung
Oekom Verlag, München 2017
240 Seiten, 24,95 Euro
Wie lassen sich raumbezogene Transformationsprozesse zur Nachhaltigkeit beeinflussen und steuern? Ausgehend von der Nichtnachhaltigkeit der Gesellschaft wird die Rolle der Planung für transformative Prozesse in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung analysiert und in den normativen Bezugsrahmen eingeordnet. Der Band enthält unterschiedliche Beispiele, bei denen das Transformationsverständnis recht breit streut. Interessant ist ein Beitrag, in dem ein konzeptioneller Rahmen vorgestellt wird, der unterschiedliche Planungssysteme und -kulturen zur Landnutzung und zu räumlichen Aktivitäten international vergleichbar macht. Neben Instrumenten der räumlichen Planung wird zugleich die zunehmende Bedeutung der Städte für die Transformationsprozesse betont – bis hin zur globalen Ebene. Dies zeigt, wie die Arbeiten des Politikberatungsgremiums WBGU zur „Großen Transformation“ Anstöße geben, sich mit der Nachhaltigkeitstransformation auseinanderzusetzen.

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ist mit über 500.000 Mitgliedern und UnterstützerInnen der große Umweltverband Deutschlands. Seit 40 Jahren engagiert er sich erfolgreich für mehr Klimaschutz, gesunde Lebensmittel, eine bäuerliche Landwirtschaft, artgerechte Tierhaltung und für den Schutz der Natur. Der BUND denkt über den Tag hinaus – was vor allem seine große Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ unterstreicht, die er zusammen mit Brot für die Welt und Evangelischem Entwicklungsdienst herausgegeben hat. Der Verband ist mit 16 Landesverbänden und über 2.000 Orts- und Kreisgruppen im ganzen Land aktiv und erreichbar. Der BUND ist Mitglied des mit über 70 Organisationen weltweit größten Umweltnetzwerks Friends of the Earth.

www.bund.net

Die Herausgeber (BUND, Deutsche Umweltstiftung, EuroNatur, FÖS, NaturFreunde und Die Transformateure)
und andere Akteure der Transformation stellen sich an dieser Stelle im Wechsel vor.

GERECHTIGKEIT UND KLIMAZIELE: SCHAFFT DAS DIE NEUE BUNDESREGIERUNG?

Text: REINER HOFFMANN

Für die Gewerkschaften kann der ökologische Umbau nur gelingen, wenn er mit der sozialen Frage und einer gerechten Gesellschaft verknüpft wird. Es hat lange gedauert, bis Gerechtigkeitsthemen in die Programmatik des ökologischen Umbaus eingeflossen sind. In den UN-Nachhaltigkeitszielen, den *Sustainable Development Goals* (SDGs), sind Themen sozialer Gleichheit nun eng mit ökologischen und wirtschaftspolitischen Zielen verwoben.

Im Grundsatz war Umweltpolitik schon immer Gesellschaftspolitik und Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität, soziale Gerechtigkeit und die Stärkung des Gemeinwohls. Dieser Zusammenhang ist für die Gewerkschaften die programmatische Grundlage für den sozial-ökologischen Umbau. Ob die neue Bundesregierung diesen Zusammenhang in ihrer zukünftigen Politik aufnimmt, ist bislang mit Skepsis zu betrachten.

> *Die Einkommen armer Haushalte müssen stärker steigen als das mittlere Einkommen.*

Im letzten Nachhaltigkeitsbericht der Bundesregierung wird auf die soziale Dimension des ökologischen Umbaus erstmals ausdrücklich Bezug genommen. Das ist der Verabschiedung der *Sustainable Development Goals* vor einem Jahr durch die UNO geschuldet. Im Gegensatz zu den bisherigen „Millenniumszielen" heben die SDGs erstmals die Bedeutung sozialer Gerechtigkeit nicht nur *zwischen* den Ländern, sondern auch *in* den Ländern hervor.

Von zentralem Interesse für die Gewerkschaften sind das Ziel 1 „Armut beenden", das Ziel 8 „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum" und das Ziel 10 „Weniger Ungleichheit". In diesen Zielen geht es auch um Lohngleichheit, Steuergerechtigkeit und gute Arbeit. Dazu gehört die soziale Absicherung der Menschen, deren Arbeitsplätze betroffen sind und die nicht einfach in Arbeitslosigkeit entlassen werden dürfen.

Soziale Ungleichheit hat in Deutschland in den letzten 20 Jahren stark zugenommen. Weder der Zuwachs an materiellen Möglichkeiten – wie der Haushaltsüberschuss des Staates – noch der Rückgang der Erwerbslosigkeit konnten genutzt werden, um Armut wirksam zurückzudrängen. Der letzte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat gezeigt, dass es nicht gelungen ist, den Abstand armer und von Armut bedrohter Haushalte zur Wohlstandsnormalität in der Mitte der Gesellschaft zu reduzieren. Dazu müssten die Einkommen armer Haushalte stärker steigen als das Median-Einkommen, was offenkundig nicht geschieht. Auch der Statuswechsel von der Erwerbslosigkeit in eine Beschäftigung ist oft nicht mit einem Ausstieg aus der Armut verbunden. Sinkende Arbeitslosenzahlen und steigende Beschäftigung bei stagnierenden Armutsrisiko-Quoten bedeuten, dass die neuen Erwerbseinkommen vielfach zu niedrig sind, um vor Armut zu schützen. Zu beobachten ist ein Übergang von „Armut bei Erwerbslosigkeit" in „Armut trotz Erwerbsarbeit".

Deshalb fordern die Gewerkschaften von der zukünftigen Bundesregierung eine Stärkung der Tarifbindung der Löhne durch die Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen, denn dadurch schaffen wir auskömmliche Einkommen und gute Arbeitsbedingungen. Die Stabilisierung der Tarifautonomie und die Sicherung sozialer Standards – auch zur Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen – muss im öffentlichen Interesse sein.

Soziale Ungleichheit muss auch mit gerechter Steuerpolitik bekämpft werden. Reiche und große Vermögen sind stärker in die Pflicht zu nehmen. Deshalb fordern die Gewerkschaften die Rückabwicklung der Abgeltungsteuer, die Entlastung der Einkommensteuersätze bis 80.000 Euro Bruttoeinkommen im Jahr pro Person, die Wiedererhebung der Vermögensteuer und eine gerechte Erbschaftssteuer. Die Stärkung der Tarifbindung und eine gerechte Steuerpolitik sind nach wie vor die zentralen Hebel für einen fairen Arbeitsmarkt und gute Löhne – und damit Voraussetzung für den ökologischen Umbau.

Foto: Alexas_Fotos | Pixabay.com/the-eleventh-hour-time-for-change-1156792

> *Ohne Umstellung der Finanzierung ist die Energiewende nicht zu schaffen.*

Deutschland ist das Land der Energiewende und der Ausbau erneuerbarer Energien ist ihr Herzstück. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat diesen Ausbau gefördert. Gleichzeitig sind die Kosten immer weiter gestiegen. Den größten Teil zahlen die privaten Verbraucher. Die steigenden Stromkosten werden bei Privathaushalten mit geringem Einkommen immer mehr zu einer sozialen Frage. Und Unternehmen, die vielfach nicht entlastet sind, drohen durch immer höhere Kosten und regulatorische Unsicherheit an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Daher brauchen wir ein neues Finanzierungssystem für den kosteneffizienten Ausbau erneuerbarer Energien, das sozial gerecht ist und gleichzeitig wieder Investitionssicherheit für die Wirtschaft schafft sowie den Weg zum Erreichen der Klimaziele ebnet.

Die Komplexität und der Umfang der Kosten lassen die Energiewende zu einem Generationenprojekt werden. Die Steuerung und Kontrolle solcher gesamtgesellschaftlicher Großprojekte kann nur in der Verantwortung des Staates liegen. Daher ist dringend notwendig, zumindest Teile der Kosten für die Energiewende aus dem Bundeshaushalt zu bestreiten. Diese Umstellung ist eine Hauptaufgabe für die kommende Bundesregierung. Ideen dazu liegen auf dem Tisch, die Debatte um die besten Vorschläge sollte jetzt geführt werden. Ohne eine Umstellung der Finanzierung sind die Ziele der Energiewende nicht nachhaltig und sozial zu erreichen.

Eine weitere, zentrale Herausforderung für die neue Koalition ist die wirtschaftlich tragfähige und sozial gerechte Gestaltung des „Klimaschutzplans 2050". Für die Gewerkschaften ist dabei der strategische Ansatz einer *Just Transition* – also eines gerechten Strukturwandels – entscheidend. In diesem Ansatz geht es um die Frage, wie tragfähige Zukunftsperspektiven für betroffene Regionen und Branchen und neue hochwertige Arbeitsplätze entstehen können. Hitzige Debatten über Ausstiegsdaten für Kohle und Verbrennungsmotor dürfen nicht über die eigentlichen Herausforderungen hinwegtäuschen.

Im Klimaschutzplan 2050 sollten deshalb auch vom Strukturwandel benachteiligte Regionen explizit berücksichtigt und mit ausreichend Investitionsmitteln zum Erhalt der Infrastruktur gefördert werden. Wir brauchen deutlich mehr Investitionen, damit wir die fossilen Brennstoffe schrittweise ersetzen können. Hierfür ist eine „Strategie für Innovation und Energieeffizienz" erforderlich. Sie kann helfen, eine weitere Steigerung der betrieblichen Energie- und Ressourceneffizienz voranzubringen.

> *Wir brauchen mehr Investitionen, um fossile Brennstoffe schrittweise zu ersetzen.*

Der nachhaltige Umbau liegt als gesamtgesellschaftliches Großprojekt in der Verantwortung der künftigen Regierung. Sie muss zeigen, wie sie Arbeit aufwerten, die Energiewende generationengerecht gestalten und wirtschaftliche Stabilität gewährleisten will. Gerade in heutigen Zeiten, wo progressive Politik durch den Rechtspopulismus enorm gefährdet ist, brauchen wir den starken sozialen Zusammenhalt, um den notwendigen sozial-ökologischen Umbau zu bewältigen. Wir fordern die künftige Bundesregierung auf, kurzfristig die Weichen dafür zu stellen.

Reiner Hoffmann ist seit 2014 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

GUTE UMWELTPOLITIK IST ...

„… konsequent praktiziert, Treiber eines gesellschaftlichen Wandels hin zu mehr Gerechtigkeit und Solidarität."

Jörg Sommer, Präsident der Deutschen Umweltstiftung

„… ökologisch effektiv, sozial gerecht und ökonomisch effizient – dazu eignen sich insbesondere Umweltsteuern, die pro Kopf zurückverteilt werden."

Damian Ludewig, Forum Ökologische Marktwirtschaft

„… wenn in Deutschland zu Beginn der neuen Legislaturperiode ein Kohlekonsens zum Ausstieg aus der Braunkohle und die Mobilitätswende beschlossen werden."

Martin Held, Die Transformateure

UMWELTPOLITK IM ANTHROPOZÄN: ES GIBT KEINE ALTERNATIVE ZUR TRANSFORMATION

TEXT: MICHAEL MÜLLER UND HUBERT WEIGER

Von dem Sozialphilosophen Herbert Marcuse kommt die Erkenntnis, dass die totale Rationalisierung von Wirtschaft und Technik zur Unfreiheit des Menschen führt, obwohl die Möglichkeiten unserer Zeit, noch nie so groß waren, dass alle ein gutes Leben führen können. Tatsächlich wird sogar die „ökologische Selbstvernichtung“ der Menschheit (Siegfried Lenz) denkbar, wenn es nicht rasch zu einer sozial-ökologischen Transformation kommt. Die Ökologie nimmt dafür eine Schlüsselrolle ein, denn ohne Umweltkompatibilität wird es keine gute Zukunft geben. Eigentlich ist das die Stunde der Politik, die aber verdrängt noch immer die wichtigste Herausforderung unserer Zeit: die Grenzen des Wachstums. So nehmen eklatante Widersprüche zu, und wir erleben immer wieder flinke Kehrtwenden.

POLITIK IN ALTEN BAHNEN

Die Internationale Geologische Gesellschaft unterstützte vor einem Jahr mit großer Mehrheit den Vorschlag des Chemie-Nobelpreisträgers Paul Crutzen, die heutige Erdepoche *Anthropozän* zu nennen. Die „Menschenzeit“ folgt auf das Holozän, das sich über die letzten 12.000 Jahre erstreckte und in der sich die menschliche Zivilisation entwickeln konnte. Diese überschreitet aber heute planetare Grenzen, die für ihr Überleben essenziell sind. Die Ausrufung eines neuen Erdzeitalters weist sowohl auf die globale Dimension der Umweltzerstörung hin als auch auf die große Verantwortung, die wir in der schnell zusammenwachsenden Welt für die Bewahrung einer menschenwürdigen Zukunft wahrnehmen müssen.

Gerade erst warnte der 23. Klimagipfel der Vereinten Nationen in Bonn, dass die Lage noch nie so ernst war wie heute. Auch die UNO spricht von der größten Herausforderung für die Menschheit, denn der Klimawandel spitzt sich in vielen Ländern dramatisch zu. Aber trotz der Beschlüsse des 21. Gipfels im Dezember 2015 in Paris, die als Durchbruch gefeiert wurden, stagniert der Klimaschutz. Grundlage des Pariser Klimaabkommens sind „Selbstverpflichtungen“ der Staaten, die deutlich hinter dem gesteckten Ziel von Paris zurückbleiben, die globale Erderwärmung auf höchstens zwei Grad, möglichst sogar bei 1,5 Grad zu begrenzen. Aber die UNO kann die nationalen Regierungen nicht darauf verpflichten, ihre Klimaziele einzuhalten oder zu verschärfen. Die USA wollen ganz aussteigen, aber auch Deutschland wird, wie das Bundesumweltministerium eingestehen musste, die Treibhausgas-Reduktionsziele nicht erreichen.

Dagegen wurde in Berlin bei den Sondierungs- und Koalitionsgesprächen für eine neue Bundesregierung ein absurdes Theater aufgeführt. Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner rang sich nur eine unverbindliche Zustimmung zum Klimaschutz ab und sah keine „physikalische“ Begründung, aus der Kohle auszusteigen. Der CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt nannte Ausstiegsfristen für fossile Energieträger „Schwachsinnstermine“. Von der Bundeskanzlerin war außer Allgemeinplätzen nichts zu hören.

Auch bei der oppositionellen SPD kommt im Leitantrag zur Erneuerung der Partei die Ökologie kaum vor, obwohl sie ein großes Gerechtigkeitsthema ist. Und die Grünen, die mit konkreten Forderungen für eine Energie- und Verkehrswende in den Wahlkampf gegangen waren, wollen zwar weiter „leidenschaftlich für die Einhaltung der Klimaziele kämpfen“, aber „nicht auf konkreten Daten beharren“. Alles zu wenig, alles zu langsam, alles in den alten Bahnen, ohne den notwendigen qualitativen Sprung zu wagen.

DER GEISELHAFT DES WACHSTUMS ENTFLIEHEN

Die „etablierte“ Politik ist stehengeblieben in einer niedergehenden Welt, deren Credo heißt: Ohne Wachstum ist alles nichts. Dafür, so die vorherrschende wirtschaftsliberale Utopie, sollen Arbeit, Natur und Geld zu nichts als Waren werden, ohne Rückbindung an die Lebenswelt und die Ökosysteme. Durch diese falsche Ideologie kommt Europa seit zehn Jahren, seit der Finanzkrise von 2008, nicht aus dem Krisenmodus heraus. Wir erleben immer neue Fehlentwicklungen, die nicht im Zusammenhang gesehen werden und deren Ursachen unverstanden bleiben. Entscheidend ist hier die Entbettung der Ökonomie aus ihren gesellschaftlichen Bindungen, die vom Marktradikalismus vorangetrieben wird. Wie der Soziologe Karl Polanyi es vor 70 Jahren beschrieben hat: „Die Marktkräfte erniedrigen die menschlichen Tätigkeiten, erschöpfen die Natur und machen die Wirtschaft krisenanfällig.“

Foto: Lukas Wohner

Ist „öko“ heute out? Hat die Umweltpolitik ihren Höhepunkt überschritten, obwohl Wetterextreme in immer kürzeren Abständen auftreten und die Menschheit zwei Erden brauchen würde, um ihr Wirtschaftsmodell auf Dauer durchzuhalten? Das muss nicht so sein – wenn die Umweltpolitik den Weg aus der Geiselhaft des Wachstums aufzeigt. Sie muss den qualitativen Sprung zur Nachhaltigkeitspolitik machen, zur „Umweltpolitik 2.0“. Richtig ist nämlich, dass die bisherige Umweltpolitik, die zu Beginn der 1970er Jahre ihren Anfang nahm, längst nicht ausreicht, um mit den globalen Umweltgefahren fertigzuwerden.

Die Umweltpolitik hat in den letzten 50 Jahren eine beispiellose Karriere hingelegt. Ihre Schwerpunkte waren die Aufklärung über die Umweltgefahren, die Anerkennung des Umweltschutzes und die Sanierung der Umweltschäden. Die Arbeit der Umweltverbände fand breite Anerkennung, ihre Vertreter und Vertreterinnen wurden zu anerkannten Fachleuten. Doch in Politik und Öffentlichkeit wurde der Umweltschutz in erster Linie als Ergänzung der Politik gesehen, nicht aber als treibende Kraft des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbaus.

Schon Ende der 1980er Jahre, mit der Debatte um Klimaschutz und Nachhaltigkeit, wurde klar, dass es um mehr gehen muss. Aber zu einer Integration der Umweltpolitik in die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik kam es nicht. Zwar gab es mit der ökologischen Steuerreform erste zaghafte Schritte, die aber schnell wieder versandeten. Der Widerspruch zwischen Zielen und Handeln wurde größer.

Für eine Neuausrichtung reichen neue Gesetze oder die Aufwertung des Umweltministeriums, ja selbst eine „grüne Ökonomie“, nicht aus. Die Umweltpolitik muss zur gesellschaftlichen Reformpolitik werden, um zu umweltkompatiblen Produktionsweisen und Konsumformen zu kommen. Das ist aber nur zu schaffen, wenn mehr Gerechtigkeit verwirklicht wird, national wie international. Dafür müssen Politik und öffentliches Gemeinwesen gestärkt werden. Der wichtigste Hebel ist die Integration der Nachhaltigkeit in alle Politikfelder. Nachhaltigkeit setzt den Rahmen für die Dekarbonisierung der Wirtschaft, eine ökologische Landwirtschaft, die Einschränkung von Nutzungsrechten an den Naturgütern, eine ökologische Finanzreform, den Umbau der Städte und die Vitalisierung des ländlichen Raums.

Nachhaltigkeit ist mehr als Umweltpolitik, und selbst Nachhaltigkeit wird oft nicht im Sinne der Rio-Erklärung von 1992 verstanden: als Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die gerechte Befriedigung der Bedürfnisse heutiger und zukünftiger Generationen. Der Nachhaltigkeit wurde schon wenige Jahre später in Deutschland die Spitze genommen, als sie auf Drängen der chemischen Industrie als gleichberechtigte Säulen von Ökologie, Ökonomie und Sozialem beschrieben wurde. Vertreter der Wirtschaft machten so aus einer Transformationsstrategie einen Interessenausgleich zwischen gesellschaftlichen Bereichen und ministeriellen Zuständigkeiten. Nachhaltigkeit lässt sich jedoch nur erreichen, wenn die Ökologie das ganze Terrain besetzt und wenn dabei das Primat der Politik ernst genommen wird.

DER ANTHROPOGENE CODE

Bei der Ökologie geht es um den Schutz der Öko-Systeme im Interesse der Menschheit, die nur dann eine Zukunft hat, wenn der anthropogene Standard auf der Erde erhalten bleibt. Denn die imperiale Wirtschafts- und Lebensweise der industriellen Zivilisation, die sich tief ins Alltagsverständnis eingegraben hat, gefährdet die Menschen selbst. Für die ramponierte Erde gibt es nämlich keinen Ersatz. „Wir waren im Begriff Götter zu werden, mächtige Wesen, die eine zweite Welt erschaffen konnten, wobei uns die Natur nur die Bausteine für unsere neue Schöpfung zu liefern brauchte“, schrieb Erich Fromm. Diese Errungenschaften verleiteten die Menschen „zu dem Glauben, die neue Freiheit werde schließlich allen Mitgliedern der Gesellschaft zugutekommen, wenn die Industrialisierung nur im gleichen Tempo voranschreite“.

Umweltkompatibilität ist kein physikalischer oder ökonomisch-technischer Standard. Sie wird vom Imperativ der Nachhaltigkeit bestimmt. Eine Alternative gibt es nicht. Von daher muss die Menschheit alles tun, dass künftige Wirtschaftsweisen ausschließlich auf der Nutzung der Sonnenenergie und auf geschlossenen Kreisläufen aufbauen. Damit müssen wir sofort beginnen.

Michael Müller, ehemaliger Umweltstaatssekretär (SPD), Bundesvorsitzender der NaturFreunde, Ex-Vorsitzender der Atommüllkommission, Mitherausgeber des Online-Magazins klimaretter.info

Hubert Weiger, Professor für Naturschutz und nachhaltige Landnutzung, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)

WIR BRAUCHEN EINE „VERFLÜSSIGUNG“ DER POLITIK

Die große Leistung der Umweltbewegung ist es, vermeintliche Sachzwänge zu Politikfeldern gemacht zu haben. Jetzt muss sie für mehr Freiheitsräume in Politik und Gesellschaft kämpfen.

Text: KAI NIEBERT

„Neben uns die Sintflut“ – mit diesem Bild beschreibt Stephan Lessenich, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, die Folgen der heutigen „Externalisierungsgesellschaft“. Diese Folgen treffen nämlich nicht erst die Zukunft, sondern werden schon heute auf andere abgewälzt – auf Flüchtlinge, Arme und Natur. Europa kann sich nicht abschotten, denn die Ursachen bleiben und werden sogar noch stärker werden. Auf einer zunehmend unwirtlichen Welt gibt es keine grünen Oasen der Sicherheit.

Wir müssen endlich zu einer nachhaltigen Entwicklung kommen, nur dann kann die Zukunft einen guten Verlauf nehmen. Deshalb müssen wir die Ursachen erkennen, die Zusammenhänge verstehen und die Wirkungsketten verändern, vor allem die der globalen Wertschöpfung, in der die Externalisierung egoistische Vorteile zulasten von Menschen und Natur schafft. Um die Veränderung dieser Ketten geht es bei der Energiewende, der Neuordnung der Mobilität oder der Durchsetzung einer bäuerlichen Landwirtschaft.

Wir sehen aber meist nur ein Glied in der Kette. Bertolt Brecht schrieb in seinem Gedicht „Die Landschaft des Exils“: Der Flüchtling ist ein Bote des Unglücks. Ja, er ist der Bote der Stürme, Gewalt und Katastrophen, die in der zusammenwachsenden Welt zunehmen und zuerst die erreichen, die an den Ursachen oft unbeteiligt sind. Das demütigende Gefühl der Hilflosigkeit und die existenziellen Unsicherheiten werden nur dann aufhören, wenn die Fluchtursachen erkannt und beseitigt werden. Das ist es, was wir brauchen: Zusammenhänge verstehen.

Der polnische Soziologe Zygmunt Bauman beschrieb aber unsere gesellschaftliche Ordnung als „flüchtige Moderne“ („liquid modernity“). Exterritorial und mobil gewordene Machtstrukturen bedrohen gefestigte Ordnungen. Abwehrreaktionen und Unsicherheiten nehmen zu, auch Angst und Ohnmacht. Tatsächlich wird die moderne Gesellschaft von Arbeitsteilung, Ausdifferenzierung und Beschleunigung voran- und weit über den gegebenen Rahmen hinausgetrieben. Hier liegt die Chance der Umweltpolitik. Unter der Leitidee der Nachhaltigkeit ermöglicht sie Bewahrung, Integration und Gestaltung. Umweltpolitik darf nicht nur die Detailfragen beachten, sie muss den Maßstab setzen für Kreisläufe, Vorsorge und neues Gleichgewicht.

Die Daueraufgabe der Moderne ist es, stabile Strukturen und eine soziale Ordnung herzustellen. Dazu scheint die Politik allein nicht in der Lage zu sein. Die Macht entfernt sich von der Politik, das hat Wolfgang Streeck in seinem Buch „Die gekaufte Zeit“ eindrucksvoll belegt. Im Zuge der Globalisierung kommt es zu einer Entdemokratisierung des „demokratischen Kapitalismus“, wie er es nennt. Auf die ökonomischen Herausforderungen der letzten drei Jahrzehnte hat es immer neue, aber unzureichende, auch zeitlich nur befristete Reaktionen gegeben. Die soziale Marktwirtschaft wurde zurückgedrängt, statt sie zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft im internationalen Kontext weiterzuentwickeln.

Heute fällt die Aufgabe, eine soziale-ökologische Ordnung zu gestalten, vor allem der Zivilgesellschaft zu. Der Nationalstaat hat an Kraft verloren, seine regulierende Macht ist beschränkt, er kann immer weniger Wächter und Gärtner sein. Papst Franziskus hat in seiner Enzyklika „Laudato si‘“ wichtige Hinweise auf unsere umweltpolitische Verantwortung gegeben und aufgezeigt, welche neuen Wege wir gehen müssen.

Fortschritt kann nicht das sein, was der Ingenieur Johann Gottfried Tulla im Dienste des Markgrafen von Baden vor 200 Jahren mit dem Rhein getan hat. Um den Fluss zu „zähmen“, wurde er ab 1817 zwischen Basel und Worms begradigt und um 81 Kilometer verkürzt. Der Umweltbewegung kommt das Verdienst zu, derartige „Sachzwänge“ nicht zu akzeptieren, sondern sie zu Fragen politischer Verantwortung und Gestaltung zu machen. Jetzt geht es um den nächsten Schritt: Umweltpolitik muss Gesellschaftspolitik werden, sie muss den Raum für soziale und ökologische Freiheit erobern.

Kai Niebert, Präsident des Deutschen Naturschutzrings, Professor für Nachhaltigkeit an der Universität Zürich

Foto: Susanne Götze

WARUM KONSERVATIV SEIN HEUTE LINKS SEIN HEISST

Text: ALBRECHT VON LUCKE

Wenn man heute über eine Umweltpolitik für das 21. Jahrhundert nachdenkt, stößt man unweigerlich auf die Frage nach dem Verhältnis von konservativem Naturschutz und linker Globalisierungskritik. Kurz: Wie links ist der Umweltschutz? Diese Kontroverse belastet seit Jahrzehnten die gesamte Umweltbewegung (exemplarisch versinnbildlicht durch die frühe Spaltung in Grüne und ÖDP).

Die alte Antwort bestand darin, diese Auseinandersetzung mit dem Leitmotiv der Wertneutralität zu unterbinden, auch zwecks gemeinsamer Bündnisfähigkeit. Heute aber wird diese Strategie den globalen Herausforderungen endgültig nicht mehr gerecht. Vielmehr bedarf es einer neuen Verständigung über die politische Verortung der Umweltpolitik.

Meine These lautet: Eine Umweltpolitik auf der Höhe der Zeit muss sich aus intrinsischen Motiven als konservativ im Sinne der Bewahrung der Schöpfung (vulgo der natürlichen Lebensgrundlagen) begreifen – und gerade deshalb als links. Oder zugespitzt formuliert: Ohne eine auf globale Gerechtigkeit orientierte, kapitalismuskritische Ausrichtung wird die ihrer Natur nach konservative Umweltpolitik nicht erfolgreich sein. Oder noch verknappter: Eine der Sache nach immer konservative Umweltpolitik ist heute notwendigerweise links.

ÖKOLOGISCHER INTERNATIONALISMUS VERSUS BORNIERTER NATURSCHUTZ

Schauen wir deshalb zurück auf den Beginn der neuen Umweltbewegung, nämlich auf die Entdeckung der „Grenzen des Wachstums“ Anfang der 1970er Jahre. Damals brach sich die Erkenntnis Bahn, dass der gesamte blaue Planet – soeben erst aus dem Weltall gesichtet – ein höchst fragiles Gebilde ist und das seine Ressourcen und Senken höchst endlich sind. Daraus resultierte die Erkenntnis, dass es dringend einer fundamentalen Veränderung unseres westlich-kapitalistischen Produktions- und Konsummodells bedarf (wie damals übrigens auch des nicht minder ressourcenverschlingenden kommunistischen Wachstumsmodells). Verzicht für kommende Generationen wie für den globalen Süden: Das war der neue ökologische Internationalismus.

Der herkömmliche Umweltschutz verblieb dagegen lange in den Bahnen eines eher national orientierten (böse Zungen würden sagen: national bornierten) Natur- und Heimatschutzes. Gleichzeitig hatte und hat er wenig Schwierigkeiten mit der ressourcenverschlingenden Industrie des deutschen Exportweltmeisters. Die Konsequenz dieser Position: Bis heute werden die gewaltigen ökologischen Schäden sehenden Auges externalisiert, getreu der zynischen Devise: „Neben uns die Sintflut.“

OHNE KAPITALISMUSKRITIK KEINE BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG

Aber diese Rechnung geht nicht mehr auf; die Idee der Externalisierung ist heute eine Wunschvorstellung. Es gibt keine „Insel der Seligen“ in einem Meer von Umweltzerstörung. Das wusste schon Ulrich Beck in seiner Risikogesellschaft: „Smog ist demokratisch“, er trifft Reiche und Arme und macht vor nationalen Grenzen nicht halt. Das Gleiche erleben wir heute in der Flüchtlingsfrage: Auch wenn die „Festung Europa“ längst ihre Zugbrücken hochgezogen hat, machen sich weiterhin Millionen von Menschen aus dem Süden auf den Weg. Der Grund dafür ist die ungeheure Reichtumskluft, aber auch die zunehmende Zerstörung ihrer natürlichen Lebensumwelt.

Für klassisch Konservative gilt es daher, endlich zu begreifen, dass ohne eine linke, kapitalismuskritische Politik, die auf globale Gerechtigkeit zielt, die Bewahrung der Schöpfung nicht zu erreichen sein wird. Damit die natürlichen Lebensgrundlagen nicht immer weiter untergraben werden, müssen wir restriktiver mit dem Kapitalismus als einem inhärent expansionistischen System umgehen.

Umgekehrt gilt für Linke: Den traditionsreichen Begriff des Konservativen gilt es nicht zu verdammen und (und ihn damit CDU/CSU oder gar der AfD zu überlassen), sondern es kommt darauf an, um seine aufgeklärte, eben links-konservative Besetzung zu kämpfen.

Niemand wusste dies schon Mitte der 1970er Jahre besser als Erhard Eppler. Damals unterschied er Wertkonservative scharf von Strukturkonservativen. Letzteren geht es primär um den Erhalt des Status quo der westlichen Konsumgesellschaft. Echter Wertkonservatismus erstrebt jedoch weit mehr – nämlich die Bewahrung der Schöpfung. Dafür bedarf es einer fast revolutionären Infragestellung des kapitalistischen Produktions- und Konsummodells.

Heute hat sich ein Teil der grünen Bewegung, zumal wenn er an die Regierung gelangt ist, in seiner regionalen Naturschutzpolitik allzu behaglich eingerichtet. Dabei verlangt ökologischer Wertkonservativismus heute ein radikales Umdenken. Denn eines steht fest: Ohne eine Verringerung des globalen Wohlstandsgefälles lässt sich die Schöpfung nicht bewahren.

Albrecht von Lucke ist Publizist, Jurist und Politologe sowie Redakteur der politischen Monatszeitschrift Blätter für deutsche und internationale Politik.

Foto: AndScene | Wikimedia Commons

EINE ROBIN-HOOD-STEUER FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Mit CO_2-Steuern können Staaten fossile Energien unrentabel machen und den Umbau vorantreiben. Kluge Ansätze belohnen auch klimafreundliches Verhalten. Das führt im Idealfall zu mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft.

Text: SUSANNE GÖTZE

Die globalisierungskritische Organisation Attac gründete sich Ende der 1990er Jahre mit einem politischen Ziel: die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Spekulanten sollte damit das Handwerk erschwert und den Armen der Welt geholfen werden. Nachdem das Netzwerk nach den antikapitalistischen Demonstrationen in Seattle 1999 und Genua 2001 in der Titelgeschichte des *Spiegel* landete und plötzlich jeder in Deutschland und Europa von „Globalisierungsgegnern" sprach, fühlten sich die „Attacies" missverstanden: Nicht die Globalisierung wollten sie bekämpfen, sondern die globalisierte Ausbeutung. Und auch wenn die langhaarigen Demonstranten mit Batik-T-Shirts wie alte 68er daherkamen: Es gab wohl in der Geschichte der sozialen Bewegungen kaum eine schlichtere Forderung als die, eine simple Steuer einzuführen. Dennoch brauchte es über zehn Jahre und eine ordentliche Finanzkrise, bis die Idee in den Chefetagen der Politik ernsthaft diskutiert wurde.

Der traurige Schluss der Geschichte: Während konservative Regierungen mit der Steuer kokettieren, spricht niemand mehr von Attac. Diese Lektion für die Globalisierungsgegner haben die Klimaschützer noch vor sich.

Immer mehr Wissenschaftler, Umweltschützer und Ökonomen fordern vehement eine Steuer auf das klimaschädliche CO_2, das die Atmosphäre „verstopft" und die Temperaturen weltweit steigen lässt. „Wir brauchen einen Preis für CO_2 – und zwar in Form einer Steuer", sagt Ottmar Edenhofer, Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. Seit Jahren erhebt Edenhofer diese Forderung – besonders nachdrücklich vor den jährlichen UN-Klimakonferenzen. Für Deutschland propagiert er eine „sektorübergreifende CO_2-Abgabe", die sowohl für die Bereiche gilt, die vom Emissionshandel erfasst werden – also Stromerzeugung und Großindustrie –, als auch für alle anderen Sektoren wie Verkehr oder Heizen. Auf der jüngsten Klimakonferenz in Bonn sprang auch der französische Präsident Emmanuel Macron den CO_2-Steuer-Aktivisten zur Seite: Man brauche einen europäischen CO_2-Preis von mindestens 30 Euro je Tonne. Staaten, die nicht mitmachten, müssten mit entsprechenden Zöllen sanktioniert werden.

GUT FÜRS KLIMA UND GUT FÜR ARME?

Nicht umsonst trägt die Transaktionssteuer auch den Namen „Robin Hood Tax": Sie bestraft die Verursacher – in diesem Fall von Spekulation – und belohnt die Bürger. Forscher sind sich sicher, dass auch die CO_2-Steuer sozialpolitische Effekte haben kann – sofern sie richtig konzipiert ist.

Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung schreibt in einer Untersuchung, dass eine CO_2-Steuer äußerst positive Auswirkungen auf das Gemeinwohl hätte. „Die Finanzminister fordern bei knappen Kassen immer lautstark öffentliche Investitionen für Bildung, Sicherheit oder Verkehr", sagt Leitautor Max Franks. „Ein CO_2-Preis könnte ein geeignetes Mittel sein, um die dafür nötigen Einkünfte zu erzielen."

Im Jahr 2010 startete die Kampagne zur Einführung einer "Robin-Hood-Steuer", unterstützt von einer Koalition aus internationalen Organisationen wie Friends of the Earth, Greenpeace, Oxfam und Unicef.

Das bestätigen auch Studien des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) in Berlin. Das Institut untersuchte, welche sozialen Auswirkungen eine CO_2-Abgabe hat, wenn man einen Teil der Einnahmen an die Bürger zurückgibt. Das Ergebnis: eine jährliche Gutschrift an alle Bürger, beispielsweise ein „Scheck zu Weihnachten", würde vor allem sozial schwachen Haushalten zugutekommen. Hingegen würde eine Absenkung der Einkommensteuer mithilfe der CO_2-Einnahmen eher der Mittelschicht und Vermögenden nützen – die Kluft zwischen Arm und Reich also vergrößern.

Denn in absoluten Zahlen verursachen Menschen mit höherem Einkommen auch mehr CO_2. Lediglich im Verhältnis zu ihrem Einkommen geben Geringverdiener mehr Geld für CO_2-intensive Produkte aus. Eine CO_2-Steuer würde sie über steigende Preise also besonders hart treffen. Deshalb, so die These der Studienautoren, sei eine gut bemessene Pauschale der beste Weg, die steigenden Ausgaben zu kompensieren und den armen Haushalten dabei noch zu einem kleinen Plus zu verhelfen.

„Das Argument, Umweltsteuern würden arme Haushalte überproportional belasten, ist aus unserer Sicht eines der größten Hindernisse zur Durchsetzung von mehr Klimaschutz", erklären die MCC-Forscher David Klenert und Linus Mattauch.

57 EURO FÜR WEIHNACHTSGESCHENKE

Ein rundum gelungener Praxisbeweis steht allerdings noch aus. Auch wenn beispielsweise das Modell der Schweiz auf den ersten Blick sehr verlockend klingt. Das Land ist wie in vielen Dingen auch hier ein Vorreiter. Seit 2008 gibt es dort eine sogenannte Lenkungsabgabe. Die Abgabe auf Brennstoffe wurde Anfang 2016 auf 84 Schweizer Franken pro Tonne CO_2 erhöht, das sind derzeit rund 77 Euro. Beim Heizöl, bei dessen Verbrennung pro Liter 2,65 Kilogramm CO_2 entstehen, zahlen die Schweizer dafür rund 22 Rappen (20 Cent). Auch andere Energieträger wie Erdgas und Kohle werden belastet, nicht dabei sind hingegen Benzin und Diesel. Neben der CO_2-Abgabe gibt es noch eine Abgabe auf flüchtige organische Verbindungen, englisch abgekürzt VOCs.

Das Besondere an dem Modell: Bis zu zwei Drittel der Einnahmen werden an die Bevölkerung zurückerstattet. Für das vergangene Jahr konnte sich jeder Schweizer über eine Rückerstattung in Höhe von 62,40 Franken, also rund 57 Euro, freuen. Unternehmen bekommen ebenfalls einen Bonus. In einem Merkblatt „Warum Sie 62,40 Franken erhalten" wird den Bürgern erklärt, warum sie eigentlich beschenkt werden.

Eine direkte Auszahlung gibt es bisher nur in den wenigsten Ländern. In kanadischen Bundesstaaten wie British Columbia werden die CO_2-Steuereinnahmen verwendet, um die Einkommensteuer zu senken. Auch in Schweden, wo die CO_2-Steuer schon seit den 1990er Jahren besteht, fließen die Gelder ohne Zweckbindung in den allgemeinen Staatshaushalt. Die Gelder aus den Versteigerungen von Emissionszertifikaten in Deutschland werden hingegen in Klima- und Umweltprojekte gesteckt, und auch in Frankreich geht das Geld in den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Die Idee, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen und gleichzeitig Klimawandel und Armut zu stoppen, ist also in der Umsetzung komplizierter als gedacht. Wie die Robin Hood Tax könnte auch die CO_2-Steuer zu einem Alibi für konservative Politik werden, die noch nie vorhatte, eine „andere Welt" zu ermöglichen.

„KEIN AUTO VOR DER TÜR IST EIN GEWINN“

„Wohnen leitet Mobilität“ nennt sich ein neues Projekt von Öko-Institut, Verkehrsclub VCD und Mieterbund. Manuela Schönau vom Öko-Institut hofft damit Mobilitäts-Gewohnheiten aufzubrechen.

Interview: JÖRG STAUDE

Frau Schönau, dass in Deutschland, wie Ihr Projekt betont, 80 Prozent aller Wege von der Wohnung ausgehen, weiß man schon länger. Was ist da neu an Ihrem Vorhaben?

Manuela Schönau: Uns geht es darum, Alternativen zum motorisierten Individualverkehr zu schaffen. Noch immer schreiben alte Stellplatzverordnungen teilweise bis zu zwei Pkw-Stellplätze pro Wohnung vor. Gleichzeitig platzen die Innenstädte aus allen Nähten.

Unser Ansatz ist: Wir nehmen Einschnitte beim motorisierten Individualverkehr vor und bieten dafür verschiedene Mobilitätskonzepte wie Carsharing und Bikesharing oder ein Mobilitätsticket. Dabei ist auch möglich, dass kein externer Kommerzieller das Carsharing anbietet, sondern die Mieter ihre eigenen Fahrzeuge privat miteinander teilen.

Bei unserem Projekt soll der Mieter nicht auf den Verlust sehen – Motto: „Oh Gott, ich kann mein Auto nicht mehr vor der Tür parken“ – sondern er oder sie soll einen Gewinn spüren.

In digitalen Zeiten weiß doch jeder, was es in seiner Gegend an Mobilitätsangeboten gibt. Wozu braucht es da noch mehr Aufklärung?

Klar, es gibt Apps und auch Gruppen, besonders für jüngere Menschen, die sich mit dem Thema schon mehr auseinandersetzen. Wir möchten aber Leute erreichen, die bisher stark auf ihren Pkw fixiert sind und die ÖPNV-Station vor der Haustür nicht sehen und auch nicht wissen, dass man, wenn man zum Beispiel ein Mieterticket nutzt, mit den Öffentlichen schneller und kostengünstiger unterwegs sein kann. Wir wollen Gewohnheiten, die beim Mobilitätsverhalten immer mitschwingen, aufbrechen.

So haben wir bei unserem Projekt „Trafo 3.0“ kürzlich die Möglichkeit geschaffen, für eine Woche ein E-Bike zu nutzen. Danach waren die Leute viel aufgeschlossener. Es gibt eben diese Barriere, zu sagen: „Alternativen? Nein danke! Ich nutze lieber mein eigenes Fahrzeug.“

Eine Patchworkfamilie mit drei Kindern hat aber sicher andere Mobilitäts-Bedürfnisse als ein Single.

Definitiv. Wir unterscheiden da verschiedene soziale Milieus, je nachdem sind auch die Mobilitätsbedürfnisse anders, abhängig von finanziellen Verhältnissen und Lebensumständen. Auch Alter und Geschlecht sind entscheidend – oder Übergangsphasen, wie von der Ausbildung ins Berufsleben. Man hat dann mehr Geld, möchte sich etwas leisten.

Das Carsharing treiben dabei Jüngere mit akademischem Bildungshintergrund voran. Unter ihnen sind auch diejenigen, die sagen: „Das Auto als Statussymbol brauche ich nicht.“

Und die bildungsfernen älteren Männer wollen weiter ihren Diesel-SUV fahren?

Tatsächlich ist es so, dass die Jüngeren stärker auf diese Sharing-Economy gehen. Bei Älteren hat der SUV schon noch eine Dominanz. Sie wollen die habitualisierte Nutzung nicht verlieren. Das wird in der Autofahrernation Deutschland noch durch die Autoindustrie verstärkt.

Der Abschied vom Auto scheint so einfach nicht.

Definitiv. Man muss zudem noch unterscheiden, ob wir über städtische Gebiete sprechen, wo wir schon heute wirkliche Mobilitätsalternativen haben, oder über den suburbanen beziehungsweise ländlichen Raum. Dort sind wir noch nicht so weit, dass es uneingeschränkte Alternativen gibt. Das müssen wir fairerweise sagen.

Aber auch hier nimmt die Mobilitätsforschung langsam aber sicher Fahrt auf und entwickelt eine nachhaltigere und sozial gerechtere Mobilität, zum Beispiel Formen des privaten Ridesharings. Dabei teilen sich Personen ein privates Auto während einer Fahrt. So sinken zum einen die Mobilitätskosten, zum anderen können sich darüber auch Leute – wieder neu – vernetzen und mit den Mitbürgern ins Gespräch kommen.

Was ist besser: mit dem eigenen Auto den Einkauf erledigen oder sich alles von Dienstleistern liefern zu lassen?

Gemeinschaftliche Strategien zur Belieferung können durchaus zur Mobilitätsvermeidung beitragen. So hat sich eine Wohnungsinitiative in Werder bei Potsdam eine Foodcoop geschaffen, bei der die Mieter über ein Online-Tool ihre Bestellungen aufgeben können, die dann unter anderem von regionalen Biobauern geliefert werden.

Manuela Schönau ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Ressourcen und Mobilität am Öko-Institut.

DIE GROSSEN VIER

Der rechtliche Rahmen zur Weltrettung steht – aber wie füllt man die beiden UN-Verträge mit Leben? Deutsche Umweltverbände haben einen Katalog mit Vorschlägen vorgelegt. Die vier Kernforderungen im Überblick.

Text: JOACHIM WILLE

Der globale Rahmen zur Bewältigung der Umwelt- und Klimakrise ist gesetzt – mit dem Pariser Klimaabkommen von 2015 und den neuen Nachhaltigkeits-Zielen der Vereinten Nationen, die 2016 verabschiedet wurden. Verwirklicht werden müssen die völkerrechtlich verbindlichen Ziele aus diesen Abkommen jedoch in den Nationalstaaten. Ein Szenario für Deutschland, dass der Dachverband „Deutscher Naturschutzring“ und weitere Umweltverbände erarbeitet haben, sieht ein konsequentes Umsteuern in vier Kernbereichen vor.

ENERGIEWENDE: REIN IN DEN KOHLEAUSSTIEG

Um die deutschen Klimaziele zu erreichen, wird der Kohleausstieg gemäß einem damit kompatiblen CO_2-Minderungspfad beschleunigt. Die ältesten Braunkohlemeiler gehen zuerst vom Netz, weil sie die höchsten CO_2-Emissionen pro Kilowattstunde haben. Der Aufschluss neuer Kohle-Tagebaue wird verboten. Die Kohleregionen im Rheinland, in der Lausitz und bei Leipzig erhalten staatliche Unterstützung für den Umbau der Wirtschaftsstruktur. Die Stromerzeugung aus Wind und Sonne wird schneller hochgefahren als bisher geplant, um auch den steigenden Ökostrom-Bedarf im Verkehrs- und Wärmesektor abdecken zu können. Die bisher vernachlässigte dritte Säule der Energiewende, die Energieeffizienz, wird vorangetrieben – wichtig, um Versorgungsengpässe zu vermeiden.

Foto: Friederike Meier

Demonstration während der UN-Klimakonferenz in Bonn für ehrgeizige Klimaziele und gegen das Dogma eines stetigen Wirtschaftswachstums.

VERKEHRSWENDE: ENDLICH UMSTEIGEN

Im Mobilitätssektor gibt es einen Paradigmenwechsel: Statt weiteres Verkehrswachstum durch den Ausbau des Straßensystems anzureizen, wird eine konsequente Strategie zur Verkehrsvermeidung und zur Verlagerung von Pkw- und Lkw-Verkehr auf Bahn und Bus, Fahrrad und Zu-Fuß-Gehen umgesetzt. Auf EU-Ebene werden die CO_2-Grenzwerte für Pkw deutlich verschärft und solche für Lkw neu eingeführt. Fahrleistungs- und emissionsabhängige Straßenbenutzungsgebühren sorgen für Kostengerechtigkeit im Verkehr. Umweltschädliche Subventionen, besonders das Diesel- und Dienstwagenprivileg, werden abgebaut. Auf Autobahnen wird ein generelles Tempolimit eingeführt.

AGRARWENDE: MASSENTIERHALTUNG STOPPEN

Weil trotz des Bio-Trends die agroindustrielle Fleischproduktion zunimmt – vor allem für den Export –, ist es vordringlich, die Massentierhaltung mit ihren negativen Folgen wie steigenden Nitratwerten im Boden, Medikamenten-Rückstände und Klimabelastung zu beenden. Eingeführt werden eine Flächenbindung für die Tierhaltung von zwei Großvieh-Einheiten pro Hektar, schärfere rechtliche Vorgaben für den Bau von Ställen und eine verbindliche Tierhaltungs-Kennzeichnung. Der Antibiotikaeinsatz wird drastisch heruntergefahren. Schmerzhafte, nicht kurative Eingriffe wie das Kupieren von Ringelschwänzen und das Kastrieren von Ferkeln werden verboten.

FINANZWENDE: WAHRE PREISE EINFÜHREN

Die umweltschädlichen Subventionen – bisher über 50 Milliarden Euro pro Jahr für Braunkohleförderung, Flugverkehr oder Dieselverbrauch – werden heruntergefahren. Eine ökologische Finanzreform setzt ein wirksames CO_2-Preissignal, indem alle Energieträger nach ihrem Energieverbrauch und CO_2-Ausstoß besteuert werden. Vorhandene und neue Umwelt- und Energiesteuern werden indexiert, das heißt entsprechend der Inflation angehoben, so dass der Anteil der grünen Steuern am Gesamtaufkommen nicht mehr automatisch sinkt. Die Regeln zur staatlichen Förderung von Energieprojekten durch KfW und Hermes-Bürgschaften werden verschärft: Fossile Energien und Atomkraft sind hier künftig tabu.

GRÜSS GOTT, UND BLEIBEN SIE GESUND!

Anders über Umwelt sprechen: Mit Fakten zur bevorstehenden Klimakatastrophe bringt man die meisten Menschen nicht zum nachhaltigen Handeln. Klimaforscher und -aktivisten ziehen Nebenschauplätze auf die Hauptbühne.

Text: SUSANNE SCHWARZ

Das röhrende Brummen der Erde geht in eine sanfte Klage über und wird schließlich zum langgezogenen Quietschen. Daniel Crawford gibt dem Klimawandel mit seinem Cello einen Klang. Der Student von der University of Minnesota hat eine Melodie komponiert, in der er der Durchschnittstemperatur eines jeden Jahres seit 1880 einen Ton zuordnet. Je höher der Ton, desto wärmer das Jahr. In Crawfords Melodie geht es mal rauf, mal runter. Am Ende der fast zwei Minuten sind aber die Töne trotz der Schwankungen deutlich höher als am Anfang. Besonders angenehm ist das Stück nicht anzuhören, aber darum geht es auch nicht. Crawford will Klimadaten so darstellen, dass mehr Menschen ein Gefühl dafür bekommen.

Der wissenschaftliche Sachstand ist beim Klimawandel eindeutig: Die Erderwärmung findet statt und hat das Potenzial zur Katastrophe, der Mensch hat sie zum größten Teil durch seinen Treibhausgasausstoß verursacht. Es ist noch möglich gegenzusteuern – aber dazu muss die Welt anders wirtschaften und leben. Der Wandel vollzieht sich trotz der überwältigenden Faktenlage nur schleppend: Bislang wurde, weltweit betrachtet, noch keine Tonne Kohlendioxid eingespart.

KAMPAGNENARBEIT MAL ANDERS

Der Kommunikationswissenschaftler Michael Brüggemann hat eine Erklärung dafür. „Der Klimawandel ist ein Prozess, der über Jahrzehnte und Jahrhunderte läuft – solche Zeiträume sind für Menschen schwer zu überblicken“, sagt er. Hinzu komme, dass die Kohle- und Ölwirtschaft Anfang der 1990er Jahre eine „strategische Desinformationskampagne“ gestartet habe, „um Zweifel an der Wissenschaft zu säen und Nichthandeln zu rechtfertigen“. Um zu Politikern und Bürgern durchzudringen, müsse man deshalb weiter die naturwissenschaftlichen Fakten verständlich erklären und Handlungsoptionen aufzeigen. Reichen wird das möglicherweise nicht.

3.100 Tote. 33.000 verlorene Lebensjahre. Jedes Jahr. Greenpeace macht im Jahr 2013 Schlagzeilen mit der Studie „Tod aus

Foto: Ben Cumming | Flickr .com/photos/givingkittensaway/85477841

dem Schlot“. „Umwelt und Klima sind abstrakte Begriffe – wir wollen den Menschen aber zeigen, was der Klimawandel mit ihnen direkt zu tun hat“, sagt Greenpeace-Sprecher Volker Gaßner.

Die Botschaft: Was aus den Schornsteinen der Kohlekraftwerke herauskommt, begünstigt erwiesenermaßen bestimmte Krankheiten, die sich wiederum auf die Lebenserwartung auswirken. Die klimaschädliche Kohlekraft nicht mehr zu nutzen, ist dann plötzlich eine Frage der Gesundheit.

Bei der Wissensbildung spielt nämlich auch die Psyche mit: „Wenn ich einen SUV fahre, viel Fleisch esse und gern in den Urlaub fliege, aber gleichzeitig weiß, dass dieser Lebensstil klimaschädlich ist, müsste ich ihn eigentlich ändern“, erklärt Brüggemann. „Einfacher ist es aber, die Fakten zum Klimawandel zu verdrängen – das muss nicht einmal bewusst passieren –, und wenn mein soziales Umfeld das auch tut, fällt es mir natürlich schwer, plötzlich umzuschwenken.“ Die Idee von Kampagnen wie der von Greenpeace ist es, an den Wertekanon von denen anzudocken, die für Klimaschutz aus rein ökologischen Gründen nicht zu begeistern sind.

„KLIMASCHUTZ HEISST HARTE ARBEIT“

Ein britischer Gentleman – langer Mantel, Krawatte um den Hals, Fedora auf dem Kopf – läuft durch eine britische Landschaft. Er hat einen entschlossenen Blick aufgelegt, spricht mit fester Stimme, gestikuliert selbstsicher. „Wenn jemand das Problem lösen kann, dann sind das wir Konservativen“, sagt der Mann. Disziplin, harte Arbeit, Intelligenz und Organisation seien nötig, um gegen den Klimawandel vorzugehen.

Schnitt. Der Gentleman spricht plötzlich ganz gelassen. Er heißt George Marshall – und ist eigentlich als langjähriger Umweltschützer und Mitgründer der britischen Denkfabrik Climate Outreach bekannt. Marshall hat sich vor die Kamera gestellt, um zu demonstrieren, wie man Konservative vom Klimaschutz überzeugen kann. Der gilt vielen als links-liberales Thema. Es geht Marshall darum, wer mit den skeptischen Konservativen spricht: Linke, die plötzlich Disziplin, Sparsamkeit und den Schutz des Vaterlandes hochhalten, seien schließlich kaum glaubhaft, erklärt Marshall. Wenn jedoch der Papst zur Bewahrung der Schöpfung mahnt oder Margaret Thatcher – wie schon Ende der Achtzigerjahre geschehen – davon erzählt, ihrem Enkel eine lebenswerte Welt hinterlassen zu wollen, sieht das anders aus. Studien dazu, wie gut das im Einzelfall wirklich funktioniert, ergeben allerdings noch kein klares Bild.

WIE PLANT MAN DIE EIGENE ENTPRIVILEGIERUNG?

Auch Linke machen sich über die Wirkung ihrer Appelle Gedanken: Einer ihrer wortgewaltigsten Vertreter ist Tadzio Müller, Klimareferent bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. „Beim Klimawandel geht es nicht nur um irgendwelches Natur-Gedöns oder Eisbären, sondern um eine klassische Frage der sozialen Gerechtigkeit: Am meisten leiden die Menschen im globalen Süden darunter, die am wenigsten besitzen und die auch noch am allerwenigsten zum Problem beigetragen haben“, meint er. Müller hat zwar kaum damit zu kämpfen, dass seine politischen Verbündeten den menschengemachten Klimawandel leugnen – dass sie ihn nebensächlich finden, ist jedoch nicht selten.

Ganz zufrieden ist Müller mit seiner Erzählweise des Klimawandels nicht. „Um sich in so einen globalen Gerechtigkeitskontext zu stellen, muss man im Grunde die eigene Deprivilegierung planen – dafür habe ich auch noch keine Handlungsanleitung“, sagt er.

Besonders schwer ist das denen zu vermitteln, die das Umweltbundesamt (UBA) in seiner aktuellen Studie zum Umweltbewusstsein dem „prekären Milieu“ zuordnet. Sie sind eigentlich auch für Klimaschutz, sehen sich aber schlicht nicht in der Lage, eine Solaranlage anzuschaffen oder ihr Essen bei regionalen Bio-Bauern zu kaufen, so das UBA – „in den meisten Fällen angesichts ihrer Lebenssituation wohl auch zu Recht“.

NACHRICHTEN

„Das Falsche wird besteuert“
Das deutsche Steuersystem setzt keine Anreize, die Umweltbelastung zu reduzieren. Darauf macht das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) aufmerksam. Dem Thinktank zufolge werden nur vier Prozent der Steuereinnahmen auf Umweltverschmutzung erhoben. Fast zwei Drittel der Einnahmen erhält der Staat hingegen durch Steuern auf Arbeit. Hinzu kommt: Da Umweltsteuern meist pro Mengeneinheit, zum Beispiel pro Kilowattstunde, erhoben werden, werden sie durch die Inflation stetig abgewertet. Die FÖS-Experten schlagen vor, den Anteil der Umweltsteuern auf zehn Prozent zu erhöhen und mit den Mehreinnahmen auch die Steuern auf Arbeit zu senken (foes.de).

Foto: Gavin Shoebridge | Wikimedia Commons

Mehr Gerechtigkeit – weniger Wachstum
Die großen deutschen Umweltverbände sind sich einig, dass ohne soziale Gerechtigkeit ein ökologischer Wandel nicht zu haben ist. Das ist die Quintessenz einer Interviewreihe des zivilgesellschaftlichen Thinktanks „Denkhaus Bremen“. Befragt wurden aktive und ehemalige Führungskräfte der Umweltorganisationen BUND, Deutscher Naturschutzring, Greenpeace, Nabu, Naturfreunde und WWF. Die Interviewten fordern außerdem eine Abkehr vom Wachstumsdenken – bis hin zu dem Appell, eine Art neue außerparlamentarische Opposition zu bilden. Sie sprechen auch über ihr ambivalentes Verhältnis zur Industrie und erläutern ihre Zukunftsideen (denkhausbremen.de).

Foto: Tom Hilton | Flickr.com/tomhilton/3933593835

Flensburg erforscht Genügsamkeit
„Entwicklungschancen und -hemmnisse einer suffizienzorientierten Stadtentwicklung“ erforschen seit Oktober die Stadt Flensburg und die dortige Europa-Universität. Drei Jahre lang soll untersucht werden, wie Flensburg zu einer umwelt- und sozial gerechten Stadt werden kann, indem die Einwohner ihre Routinen beim Wohnen, Ernähren, Fortbewegen oder Einkaufen verändern, sodass der Ressourcenverbrauch sinkt. Im Mittelpunkt steht damit die politisch heikle Frage, wie Städte das Wohlergehen ihrer Bürger ermöglichen können, ohne dafür immer weiter wachsen zu müssen. Das Projekt wird vom Bundesforschungsministerium mit 530.000 Euro gefördert (flensburg.de/ehss).

CO_2-Ausstoß soll etwas kosten
Die Debatte um einen CO_2-Preis nimmt Fahrt auf. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron erklärte auf dem Klimagipfel in Bonn im November, es müsse in Kürze ein europäischer CO_2-Preis von 30 Euro pro Tonne eingeführt werden. In Deutschland hatten zuvor Ökonomen und Energieexperten einen CO_2-Preis gefordert. Der bereits im Juli gegründete „Verein nationale CO_2-Abgabe“ will sämtliche Klima- und Energiesteuern durch eine Abgabe von 40 Euro pro Tonne CO_2 ersetzen. Sie soll bei der Einführung für Haushalte und Firmen keine Mehrkosten bringen und Geringverdiener entlasten. Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte sich beim Klimagipfel in Bonn nicht zu den Vorschlägen (co2abgabe.de).

IMPRESSUM

Herausgeber:
Reiner Hoffmann, Vorsitzender, Deutscher Gewerkschaftsbund
Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident, Deutscher Naturschutzring e.V.
Damian Ludewig, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.
Michael Müller, Vorsitzender, NaturFreunde Deutschlands e.V.
Christel Schroeder, Lutz Ribbe, EuroNatur Stiftung
Jörg Sommer, Vorstandsvorsitzender, Deutsche Umweltstiftung
Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender, BUND e.V.
Dr. Martin Held, Gesprächskreis Die Transformateure – Akteure der Großen Transformation

Redaktion:
Chefredaktion: *Dr. Susanne Götze, Joachim Wille (V.i.S.d.P.)*
Redakteure: *Verena Kern, Susanne Schwarz, Jörg Staude*

Träger:
Deutscher Naturschutzring (DNR)

Gefördert von:

Layout:
Adrien Tasic, Gestaltung

Infografik:
Kai Niebert, Präsident Deutscher Naturschutzring
Kalischdesign.de

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg VR34116B

Der Träger und die Herausgeber haften nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste sowie Vervielfältigung auf Datenträgern nur nach Genehmigung des Verlages.

movum liegt exklusiv, regelmäßig und kostenlos der Zeitschrift FUTURZWEI bei.

Auflage: Mantel: 17.500 Exemplare, Plakatbeilage: 17.500

Die movum-Ausgaben können Sie kostenlos bestellen: **info@dnr.de**

Deutscher Naturschutzring, Marienstr.19-20, 10117 Berlin

Debatten zu den Themen dieser Ausgabe unter: www.movum.info

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den AutorInnen.

VERANSTALTUNGEN

Debatten zu den Themen dieser Ausgabe unter: www.movum.info

30. November 2017
Konferenz „Mit Sharing nachhaltiger wirtschaften? Sozial-ökologische Potenziale der digitalen Kultur des Teilens“
Almodóvar Hotel Berlin
www.ioew.de

2. Dezember 2017
Tagung „Stadt im Wandel – Wege zu einer sozial-ökologisch verträglichen Stadtentwicklung am Beispiel Wuppertals und der Region“ – Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie
www.wupperinst.org

9. bis 10. Dezember 2017
Konferenz „Wie kommt der Wandel in die Welt? Transferstrategien für nachhaltige Hochschul- und Gesellschaftsentwicklung“
FU Berlin
www.netzwerk-n.org

12. Januar bis 21. Oktober 2018
Attacademie 2018 „Ökonomische Alternativen: Theorien, Konzepte und ihr Veränderungspotenzial“
verschiedene Orte
www.attac.de/attacademie